

## Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 25.09.2018

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Stadt Osnabrück „Sozial gebundene Mietwohnungen statt Wohneigentum—Handlungsprogramm Bezahlbarer Wohnraum optimieren!“ äußert sich die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

““Wer sich die Miete nicht leisten kann, der soll sich doch ein Haus kaufen!“ Auf diesen Spruch—angelehnt an die berühmt-berüchtigte Anekdote über Marie-Antoinette— kommt man nach der Lektüre des Sachstandsberichts der Verwaltung zum Handlungsprogramm Bezahlbarer Wohnraum.

Es zeigt sich darin deutlich, dass die im Handlungsprogramm formulierte alternative Möglichkeit zur Schaffung von Wohneigentum statt sozial quotierten Mietwohnungen ein großes Problem darstellt. Es ist nämlich keineswegs so, dass Menschen die auf der Suche nach bezahlbaren Wohnungen sind, sich im Zweifel dann auch einfach eine Wohnung kaufen können. Nein, sie müssen weiter eine bezahlbare Mietwohnung suchen und genau hier herrscht auch der Mangel auf dem Wohnungsmarkt!

Wenn die Verwaltung im Sachstandsbericht erklärt, dass „durch die alternativ ermöglichte Vermarktung von Eigentumswohnungen die Bereitschaft der Vorhabenträger zur Schaffung von Mietwohnraum deutlich nachgelassen“ (Sachstandsbericht, S. 4) hat, dann müssen wir als Politik reagieren und den entsprechenden Teil des Handlungsprogramms unter Punkt 6 streichen!

Es wird mal wieder deutlich, dass es nicht im Interesse von privaten Investoren ist, bezahlbare Mietwohnungen zu schaffen. Viel mehr werden diese auch weiterhin alle Möglichkeiten nutzen sich vor entsprechenden Vorgaben zu drücken—und das obwohl die Quotierungen des Handlungsprogramms mit 10-30 % bereits lächerlich niedrig sind und den Bedarf nie erfüllen würden.

Wir müssen als Stadt selbst aktiv werden. Und solange es noch keine kommunale Wohnungsbaugenossenschaft gibt, müssen wir wenigstens die deutlichsten Fehler in unseren Vorgaben an private Bauträger\*innen beheben. Daher fordern wir unsere Ratskolleg\*innen auf unserem Antrag zuzustimmen, um das Handlungsprogramm zu optimieren. Und an die Osnabrücker Bürger\*innen appellieren wir, das Bürgerbegehren für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu unterstützen und somit ein deutliches Zeichen für eine andere Wohnungspolitik zu setzen. Denn wir brauchen in dieser Stadt mehr bezahlbare Mietwohnungen und keine weiteren Eigentumswohnungen!“

Zur Anfrage „Preiserhöhung der städtischen Schwimmbäder“ erklärt Heidi Reichinnek:

„Kommunale Schwimmbäder sind ein unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge. Die Erhöhung der Eintrittspreise wird für viele Menschen einen weiteren starken Einschnitt in die Lebensqualität vor Ort bedeuten—für Menschen mit niedrigen Einkommen stellen Eintrittspreise für 90 Minuten schwimmen in Höhe von 4,80 Euro bzw. 6,20 Euro eine faktische Schließung der Bäder dar.

Wir wollen mit unserer Anfrage detaillierte Informationen über Kosten- und Einnahmenstrukturen der Städtischen Bäder erhalten. Uns interessiert darüber hinaus wie stark die Preise eigentlich über die letzten 10 Jahre gestiegen sind.

Schwimmen lernen ist essenziell für Menschen, Schwimmbäder sind Orte für Sport und Erholungen—hier darf die Kommune nicht sparen! Die Stadt muss für ein bezahlbares Angebot an Schwimmbädern für alle Osnabrücker\*innen sorgen—durch immer weiter steigende Preise wird der Schwimmbadbesuch vor allem für Menschen mit niedrigen Einkommen und für Familien zu einer finanziellen Belastung!

Und der Bund muss endlich mehr Geld zum Wohle aller einsetzen und für eine ausreichende Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge sorgen, statt immer mehr Milliarden für Rüstung auszugeben!“

## Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 25.09.2018

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag „Jobrad für städtische Beamte und Beschäftigte“ äußert sich Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

„Die Förderung von Radfahrer\*innen ist absolut unterstützenswert. Leider handelt es sich bei dem im Ursprungsantrag vorgeschlagenen Dienstradleasing keinesfalls um eine win-win Situation für Arbeitnehmer\*innen, Arbeitgeber\*innen und Umwelt.

Bei diesem Modell werden zugesicherte Entgelte nicht an die Arbeitnehmer\*innen ausbezahlt, sondern vom Arbeitgebenden direkt als Leasingrate abgewickelt. Durch diese Entgeltumwandlung sinken die individuellen Ansprüche der Arbeitnehmer\*innen in den Sozialversicherungen. Ergebnis: weniger Krankengeld, weniger Arbeitslosengeld und niedrigere Rentenansprüche!

Die einzige wirkliche Gewinnerin bei diesem Modell ist die Stadt—sie spart sich Sozialversicherungsbeiträge. Das geht gar nicht! Wenn wir die städtischen Beschäftigten auf die Fahrräder bekommen wollen, dann müssen wir Ihnen gute Angebote machen—und nicht eine eigentlich gute Idee für Sparmaßnahmen der Stadt zweckentfremden.

Wir fordern daher städtische Zuschüsse beim Fahrradkauf oder zinsfreie Arbeitgeber\*innendarlehen! Die genaueren Bedingungen müssen gemeinsam mit dem Personalrat entwickelt und abgestimmt werden.“

V.i.S.d.P.: Lars Wöllecke | Fraktion DIE LINKE, Stadt Osnabrück | Bierstraße 29/30 | 0541/3234595 | 0152/56750888 | [linkstraktion@osnabrueck.de](mailto:linkstraktion@osnabrueck.de) | <http://www.linkstraktion-os.de> | [facebook.com/LinkstraktionOS](https://www.facebook.com/LinkstraktionOS) | [Twitter: @LinkstraktionOS](https://twitter.com/LinkstraktionOS)

# Pressemitteilung